



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Delbrück ● Prof.-Wilmers-Straße 13 ● 33129 Delbrück-Boke

PRESSEMITTEILUNG

Bekennnis zu zweigliedrigem Schulsystem gefordert SPD Delbrück beantragt Resolution im Stadtrat

Die Nachricht, dass in Westenholz eine Interessengemeinschaft (IG) die Errichtung einer privaten Realschule betreibt, nimmt die Delbrücker SPD zum Anlass, dem Rat der Stadt eine Resolution zur Verabschiedung vorzulegen.

Ziel dieser Initiative ist, dass sich der Stadtrat eindeutig zur bestehenden Gesamtschule und zum Gymnasium bekennt und die Errichtung einer privaten Realschule ablehnt.

Die Schulexperten Norbert Hagenbrock und Reinhard Schmitz, beide Vorstandsmitglieder des Delbrücker SPD-Ortsvereins, verlangen mit Nachdruck von den Mitgliedern des Stadtrates, die allesamt in ihrer Person Vertreter des Schulträgers der bestehenden Schulen sind, zu den Plänen einer privaten Realschule in Westenholz eindeutig und unmissverständlich Stellung zu beziehen und diese zu missbilligen.

„Es ist ein Unding“, so Norbert Hagenbrock, „dass man diesem Treiben keinen Riegel vorschieben kann. Es kann doch nicht sein, dass ohne Widerstand des Stadtrates die bestehenden Schulen durch solch einen „Unsinn“ gefährdet werden. Unsere Gesamtschule ist gerade mal 10 Monate alt, da fangen einige Strategen in der CDU an, dieses Schulsystem zu untergraben. Gleichzeitig wird auch das Gymnasium gefährdet. Darüber sind sich diese Leute wohl überhaupt nicht im Klaren. Sie wissen offensichtlich nicht, was sie da anrichten.“

Die SPD weiß sehr wohl, dass der Stadtrat eine Privatschule nicht verhindern kann, wenn sich Interessenten, Förderer, Eltern und ein Träger dafür finden. Jedoch hat es die Stadt selbst in der Hand, ob sie dafür Schulgebäude zur Verfügung stellt oder nicht - frei nach dem Motto: **„Kein Gebäude – keine Schule“**.

Reinhard Schmitz dazu: *„Ich vermisse bei der Mehrheitsfraktion nach wie vor ein schlüssiges Konzept der Delbrücker Schulpolitik. Da wird alles mit heißer Nadel gestrickt. Kaum ist eine Entscheidung gefallen und man glaubt, es wäre jetzt endlich Ruhe an der Schulfront, da fällt der CDU wieder etwas Neues ein, um Unruhe und Verunsicherung bei Eltern, Lehrern und Schülern zu stiften.“*

Nach jahrelangen Diskussionen und Beratungen beschloss man endlich die Errichtung einer Gesamtschule. Dafür war es nötig, die Hauptschulen in Delbrück, Ostenland und Westenholz sowie auch die Realschule auslaufen zu lassen, damit der Bestand der Gesamtschule langfristig gesichert ist. Die neue Schule wurde aus der Taufe gehoben, alle waren begeistert, die Anmeldezahlen waren sehr hoch und manch einer geriet vom Klopfen auf die eigene Schulter in Ekstase.

Plötzlich, nach der Kommunalwahl 2014, ruderte die CDU zurück. Ihr war jetzt erst aufgefallen, dass die erforderlichen Baumaßnahmen für die Gesamtschule auch Geld kosten. Der neutrale Beobachter fragte sich, was an dieser Erkenntnis neu ist. Haben die CDU-Ratsmitglieder etwa geglaubt, dass alles sei ein Schnäppchen?



10 Orte eine Stadt



Gute IDEEN für DELBRÜCK



Für die Genehmigung der Gesamtschule war neben dem Nachweis, dass genügend Schülerinnen und Schüler für eine 6-zügige Schule zur Verfügung stehen auch ein schlüssiges Finanzkonzept notwendig. Ohne dies hätten die Pläne für eine Gesamtschule keine Chance gehabt. Von einer Überraschung konnte deshalb keine Rede sein.

Also beschloss man mehr hastig als überlegt und gegen die Stimmen von Grüne und SPD die Auslagerung der Oberstufe der Gesamtschule nach Ostenland, was vorher für erhebliche Unruhe bei den Eltern sorgte. Die SPD warnte damals schon vor diesem pädagogischen Unfug, sagte eine mögliche Ablehnung der Bezirksregierung voraus, die dann auch prompt erfolgte.

Statt nun endlich Ruhe zu geben und sich den Gegebenheiten zu stellen, hatte die Verwaltung nichts Besseres zu tun, als Klage beim Verwaltungsgericht in Minden einzureichen. Das bedeutet, dass die große Verunsicherung der Eltern, Schüler und Lehrer weiterhin Bestand hat, denn wer weiß, wann dort entschieden wird?

Weil das alles noch nicht reicht, kommt jetzt noch die Idee einer privaten Realschule auf den Tisch. Dass damit das ganze System der weiterführenden Schulen in Delbrück grundsätzlich gefährdet wird, scheint die Aktivisten in Westenholz in keinsten Weise zu stören.

Deshalb verlangt die SPD nun von allen Ratsmitgliedern, sich eindeutig zu positionieren und sich in einer Resolution klar und unmissverständlich für das zweigliedrige Schulsystem in Delbrück auszusprechen und ebenso deutlich alle Aktivitäten zur Errichtung einer weiteren Schule der Sekundarstufe I zu missbilligen.

Dieser Resolutionsantrag wird von der SPD in der nächsten Ratssitzung am 25. Juni 2015 zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt.

Delbrück, den 6. Juni 2015

gez.

SPD-Ortsverein Delbrück

Michael Kersting

Pressesprecher